

Abtreibung: Katholischer Vorstoß für neuen Diskussionsansatz

Geschäftsführer des katholischen "Imabe"-Instituts plädiert dafür, einen Dialog auf der Ebene des Selbstbestimmungsrechts der Frau zu finden - Hinweis auf Äußerungen von Bruno Kreisky

Wien, 12.04.10 (KAP) Für einen neuen Ansatz in der Abtreibungsdebatte plädiert der Geschäftsführer des katholischen "Imabe"-Instituts (Institut für medizinische Anthropologie und Bioethik), Enrique Prat. Der Dialog sei bisher auf Fragen des Selbstbestimmungsrechts der Frau beschränkt. Notwendig sei eine Ausweitung auf die Fragen, welche Maßnahmen zu setzen sind, damit Frauen in einer Krisensituation wie einer ungewollten Schwangerschaft "eine autonome Entscheidung treffen können", so der "Pressedienst der Erzdiözese Wien" unter Berufung auf eine Aussendung des Instituts. Selbstbestimmung setze eine gründliche Prüfung von Zielen und Mitteln voraus. Daher sei eine kompetente und ins persönliche Lebensumfeld der Betroffenen emotional gut integrierte Beratung unumgänglich.

Dass Abtreibung nicht eine Lösung "erster Wahl" sei, sondern immer nur eine Lösung "zweiter Wahl" darstelle, auf die zugegriffen wird, wenn sonst nichts mehr hilft, sei gesellschaftlicher Konsens, betonte der "Imabe"-Geschäftsführer unter Verweis auf die Haltung von Bruno Kreisky. Prat zitierte die Äußerung des damaligen sozialdemokratischen Bundeskanzlers in der Nationalratsdebatte vom 29. November 1973, die dem Beschluss über die Fristenregelung vorausging: "Man

muss alles tun, um im Bereich der Politik diesen ganzen Paragraphen so obsolet (überflüssig) zu machen, wie dies mit den Mitteln der Politik, der Psychologie und auch der Moral nur geht, um die Frau zu veranlassen, dass sie dann, wenn sie empfangen hat, das Kind behält."

Nach Auffassung des "Imabe"-Geschäftsführers wäre es im Sinn der Unterstützung der Selbstbestimmung der Frau, Leistungen anzubieten, "die ihr eine Entscheidung zweiter Wahl ersparen". Prat: "Wer die Autonomie der Frau ernst nimmt, sollte alles unternehmen, Elemente von Fremdbestimmung - wie Druck von außen, finanzielle Notlage, Alleingelassenwerden - zu eliminieren, damit die Frau nicht zur Lösung zweiter Wahl, der Abtreibung, greifen muss". Es sei die gemeinsame Aufgabe von Abtreibungsgegnern und -befürwortern, "das Vertrauen der jeweils anderen zu gewinnen" und "gemeinsam über die Förderung der Selbstbestimmung der Frau in der Frage der Abtreibung nachzudenken".

Die öffentliche Diskussion über die Abtreibung sei in Europa in den letzten 40 Jahren zwar hitzig verlaufen, die Kommunikation sei aber in Emotionen erstickt. Umso notwendiger sei es, einen Weg aus dieser Sackgasse zu finden, betonte Prat.